



«Gut bedeutet nicht überall das Gleiche»

Mit der Fair-Food-Initiative soll die Landwirtschaft weltweit nachhaltiger gestaltet werden. Kann das gelingen? Und was würde das eigentlich bedeuten? Elisabeth Bürgi Bonanomi, Fachfrau für Nachhaltigkeit, hat die Initiative analysiert.

von Armin Köhli

Elisabeth Bürgi, wir haben kürzlich über Ernährungssicherheit abgestimmt, nun entscheiden wir über Fair Food und Ernährungssouveränität. Dann gibt es noch Initiativen zu Hornkühen, zu Pestiziden ... Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft scheint im Moment das bedeutsamste politische Thema zu sein.

Die grosse Zahl dieser Initiativen zeigt, dass es den Menschen nicht mehr wohl ist. Das Unbehagen ist grundsätzlich gross in Fragen von

Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Landwirtschaft ist dabei am besten fassbar. Nahrung geht durch den Magen, bei den Kleidern überlegt man sich schon viel weniger, wie sie produziert werden, und beim Computer noch weniger. Gleichzeitig merkt man auch, dass man die Vielfalt der Landwirtschaft und Landschaft schützen muss. Das betrifft die Menschen auch emotional. Der Bundesrat muss das ernst nehmen als Signal, dass etwas nicht richtig läuft.

Forscherin und Dozentin

Elisabeth Bürgi Bonanomi ist Anwältin, Forscherin und Politikberaterin, spezialisiert auf Wirtschaftsvölkerrecht, Landwirtschaftsrecht und Nachhaltigkeit. Sie doziert Nachhaltigkeit und Recht am Interdisziplinären Zentrum für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Uni Bern. Das CDE ist ein Kompetenzzentrum innerhalb der Uni und hat den Auftrag, Nachhaltigkeit in die anderen Fakultäten einzubringen. Am CDE leitet Bürgi den Fachbereich politische Kohärenz und nachhaltige Entwicklung. Bürgi, aufgewachsen im Glarnerland und Mutter von zwei Kin-



Foto: zVg

dern, arbeitete mehrere Sommer als Älplerin auf einer Ziegenalp im Tessin. 1987 verbrachte sie ein Austauschjahr in Argentinien, das sie, so sagt sie selbst, mit der Nord-Süd-Thematik und Fragen der Nachhaltigkeit infiziert hat.

Für die Fair-Food-Initiative hat der Bundesrat «Verständnis», er lehnt sie aber trotzdem ab, denn es brauche sie gar nicht.

Der Bundesrat sagt, für das, was die Initiative will, genügt die bestehende Verfassung. Das kann man so sehen, denn seit der Abstimmung über die Ernährungssicherheit im September 2017 haben wir ja in der Verfassung den Absatz «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen sollen nachhaltige Entwicklung vorantreiben». Aber diese Bestimmung hat bislang noch zu wenig Gehalt. Wenn der Bundesrat sagt: «Wir können schon heute», meint er vor allem: Das macht die Privatwirtschaft. Die schaut schon, dass wir uns in eine nachhaltige Richtung entwickeln, sie braucht nur den Spielraum dafür. Sie schafft dann selber Label und so weiter. Der Staat sieht für sich selbst keine weiter gehende Rolle. Das ist die Frage: Was ist die Rolle des Staates? Wie kann er ein förderliches Umfeld für die Nachhaltigkeitsbestrebungen der Privatwirtschaft schaffen?

Die Initiative will es dem Staat ermöglichen, seine Zölle auf Nachhaltigkeit auszurichten.

Wir konsumieren viele importierte Produkte. Das ist ein wichtiger Hebel in unseren Händen, um etwas zu bewegen. Auf welches Produkt kommen welche Zölle? Damit steuert man Märkte. Was der Bundesrat scheut wie der Teufel das Weihwasser, ist eine Auseinandersetzung mit dem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation WTO. Die grosse Streitfrage ist: Darf der Staat ein Produkt, das nachhaltig produziert wurde, und eines, das zwar gleich aussieht, aber nicht nachhaltig produziert wurde, unterschiedlich behandeln? Der Bund sieht dies eher skeptisch, aber tatsächlich gibt es das in der Schweiz bereits. Agrotreibstoffe sind nämlich von der Mineralölsteuer befreit, wenn sie ökologisch und nach Arbeitsstandardrichtlinien produziert worden sind. Aber nur dann. Im öffentlichen Beschaffungswesen gibt es ähnliche Ansätze. Und jetzt geht es eben darum, ob man diesen Ansatz weiterdenken will.

Wenn wir nachhaltig produzierte und nicht nachhaltig produzierte Lebensmittel bei den Zöllen unterschiedlich behandeln, wären wir

sicher weltweit unter Beobachtung. Das wäre mutig, das muss man schon sehen. Die WTO-Rechtsprechung lässt Spielraum, aber es ist nicht einfach. Man muss es auf eine nicht diskriminierende Weise tun, die Unterscheidung also auch im Inland machen.

Der Wortlaut der Initiative ist relativ vage. Sie spricht von fairen Arbeitsbedingungen, von fairem Handel. Doch dafür gibt es keine internationalen Standards.

Die Initiative sagt, was sie unter einem nachhaltigen Ernährungssystem versteht und nennt Beispiele: Lebensmittel von guter Qualität, umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt. Das ist eine gute Formulierung einer nachhaltigen Produktionsweise. Es geht darum, Landwirtschaft weltweit so zu betreiben, dass der Boden nicht kaputtgeht, dass die Menschen anständig bezahlt werden, dass die Biodiversität nicht weiter abnimmt, sondern wieder gefördert wird. Im Gesetzgebungsprozess wird dann ausdefiniert, was genau gemeint ist. Da fängt die Politik eigentlich erst an.

Bleiben wir bei den Arbeitsbedingungen. Im Argumentarium der Initianten tauchen die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO auf: keine Kinderarbeit, gleicher Lohn für Mann und Frau etc. Ist das nicht einfach das absolute Minimum? Würden «faire Arbeitsbedingungen» nicht viel weiter gehen?

Gemäss Initiative müssen Produkte, die in der Schweiz präferenziell behandelt werden, die

«Wir konsumieren viele importierte Produkte. Das ist ein wichtiger Hebel in unseren Händen, um etwas zu bewegen»

«Wenn die Initiative konsequent umgesetzt wird, kann gerade die Berglandwirtschaft davon profitieren»

also zum Beispiel bessere Zölle haben, unter anständigen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Und was heisst anständig? Erst mal halten die ILO-Abkommen grundlegende Standards fest, wie etwa die Gewerkschaftsfreiheit. Diese werden dann in den einzelnen Ländern konkretisiert. Spanien hat zum Beispiel einen gesetzlichen Mindestlohn, der eingehalten werden muss. Das könnte über ein Label ausgewiesen werden, und dieses kann in der Schweiz akkreditiert werden. Dann müsste man schauen, was genau verlangt dieses Label im Bereich Arbeitsstandards?

Aber Sie beschreiben hier ein virtuelles Label. Gerade in Europa fehlen Label zu fairen Arbeitsbedingungen.

Ich nehme an, in Spanien gibt es ein Bio-Label, das die Arbeitsbedingungen mitberücksichtigt – wie das die «Knospe» bei uns mittlerweile auch macht. Und umgekehrt werden im Fair-Trade-Bereich auch ökologische Aspekte aufgenommen. Die Schweiz würde sagen: Hergeleitet von internationalen Abkommen verstehen wir unter Nachhaltigkeit das, das und das. Und Label können dies sicherstellen. Ein Label macht etwas sichtbar, das nicht sichtbar ist. In Bolivien haben sie ein eigenes Label kreiert, das ziemlich umfassend ist. In Indien gibt es viele ähnliche gute Ansätze. Biodiversität ist in Bolivien ein grosses Thema, und auch die Frage nach den Arbeitsbedingungen stellt sich etwas anders als bei uns. Wenn wir darum anerkennen, dass Label kontextgerecht sein müssen, können wir gute Entwicklungen fördern. Dass «Tierwohl» nicht überall gleich wie in der Schweiz verstanden wird, muss man in Kauf nehmen. Wenn man gute Entwicklungen andernorts voranbringen will, heisst das nicht, dass «gut» überall das Gleiche bedeutet.

Wenn die Fair-Food-Initiative angenommen wird, was bedeutet das für einen Toggenburger Bergbauern in fünf Jahren?

Die Initiative richtet sich auch ans Inland. Wenn man verlangt, dass die Importe nachhaltig sind, muss man auch im eigenen Haus die Aufgaben machen. Der Bundesrat müsste also anschauen, welche Direktzahlungen wirklich den Bauern dienen. Sind sie wirklich an nachhaltige Zielsetzungen gebunden? Warum haben wir ein so grosses Nitratproblem? Wie sieht es genau mit den Pestiziden aus? Wenn die Initiative konsequent umgesetzt wird, kann gerade die Berglandwirtschaft davon profitieren. Es wäre ein Auftrag an die Schweiz, noch mehr in Richtung Qualitätsstandort zu arbeiten.

Was heisst es für den Grossbauern im Mittelland? Müsste er nachhaltiger produzieren?

Wenn wir es im Inland konsistent machen wollen, müssen wir unsere Problembereiche anschauen. Die liegen wohl vor allem in der Viehwirtschaft: die hohen Bestände, die hohe Intensität, die grossen Nitratausschüttungen, die Bodenprobleme. Könnte man mit weniger Tieren eine bessere Landwirtschaft betreiben? Ein Schlüsselbegriff ist standortgerechte Landwirtschaft, was bedeutet, dass wir nur mit der Nahrung, die wir hier zur Verfügung haben, Viehwirtschaft betreiben. Das heisse also weniger Tiere, die aber würdiger behandelt würden. Und somit besseres Fleisch, das vielleicht etwas teurer ist. Man müsste deshalb vor allem zur Tallandwirtschaft arbeiten. Wie können wir sie ökologischer machen? Und gerechter? Der Zugang zu Land spielt auch eine Rolle – wer kommt an Land heran, und wer nicht?

Und was bringt es der Kleinbäuerin in Bolivien oder im Niger, wenn wir die Initiative annehmen?

Ich sähe es als Auftrag an den Bundesrat, zum Beispiel mit Bolivien ein Handelsabkommen abzuschliessen und zu sagen: Wir schaffen bessere Absatzmärkte für diejenigen eurer Bauern, die sie dringend brauchen. In Bolivien ist es eindrücklich: In der Region Santa Cruz gibt es richtiggehend ausgeräumte Landschaften. Nur Soja, Soja, Soja. Oder Zuckerrohr. Daneben versuchen junge, motivierte Leute, agrodivers zu produzieren – doch viele müssen aufgeben, weil sie für ihre Produkte keine fairen Preise erhalten. Wie können wir den Markt für diese Leute stärken? Die Stadt Bern überlegt sich gerade, wie sie Nahrungsmittel nachhaltiger beschaffen kann. Sie könnte zum Beispiel einen Direktabnahmevertrag mit bolivianischen Bauern abschliessen.

Mit einer Initiative können wir letztlich nur die Schweizer Verfassung ändern. Haben wir damit wirklich die Möglichkeit, Nachhaltigkeit international zu fördern?

Wir haben vor allem eine Handhabe, unsere eigene Landwirtschaft zu gestalten. Die Fair-Food-Initiative fragt aber auch: Wie handeln wir miteinander? Wie regelt die Schweiz den Handel mit anderen Ländern? Wie schafft man ein Handelssystem, das Nachhaltigkeit fördert, auch ausserhalb der Schweiz? Die Schweiz ist klein, aber dank unserer direktdemokratischen Instrumente können wir Ideen entwickeln. Damit kann die Schweiz auch international etwas Reibung verursachen. Die Reibung, die es braucht, damit Veränderung entsteht. ■